

Trüber Sonntag

Das Nein zur Spitalfusion trifft Lukas Engelberger ins Mark. «Die SP hatte es einfacher», sagt der Regierungsrat

Von Marcel Rohr

Basel. «Ein knappes Ja, sagen wir 52 Prozent – das wäre doch was.» Vor gut zwei Wochen orakelte Lukas Engelberger bei einem Kaffee mit der BaZ über die Spitalfusion-Abstimmung. Die Laune des 43-jährigen CVP-Regierungsrates in seinem Büro hoch über dem Rhein war prächtig, die Zuversicht entsprechend.

Umso härter traf ihn gestern um 12.03 Uhr im ersten Stock des Rathauses das erste Resultat des Urnengangs: Knapp 56 Prozent des Basler Stimmvolkes, welches brieflich gewählt hatte, schmetterte Engelberger ein Nein entgegen. Der trübe Sonntag war schon perfekt. Der Gesundheitsdirektor senkte seinen Kopf, drehte sich ab und reichte Eva Herzog die Hand; ausgerechnet jener SP-Politikerin, die gerade wieder einen dieser grossen Siege an der Urne eingefahren hatte, welche die Bürgerlichen jeweils so piesacken.

Engelberger schüttelte sich einen Moment den Frust aus dem dunkelblauen Anzug. Dann verzog er sich mit der BaZ und dem SRF in eine ruhige Ecke, um seine deutliche Niederlage in Worte zu kleiden.

BaZ: Lukas Engelberger, vier Jahre lang haben Sie an der Vorlage gearbeitet, nun ist sie deutlich gescheitert. Wie gross ist die Enttäuschung?

Lukas Engelberger: Die Enttäuschung ist da, klar. Wir haben viel Energie in das Projekt gesteckt, es hätte der Partnerschaft mit Baselland zweifellos einen Schub vermittelt. Nun müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass wir im aktuellen Umfeld politisch keine Chance hatten. Immerhin ist die Vorlage zu einer gemeinsamen Versorgungs-Planung angenommen worden.

Wie gehen Sie persönlich mit einer derart schmerzhaften Niederlage um?

Das weiss ich noch nicht (lacht) – es ist meine erste grössere. Man sollte sich selbst nicht zu wichtig nehmen bei derartigen Themen. Es war eine Sachabstimmung, keine Wahl. Die eine Vorlage ist ja deutlich durchgekommen, das sollten wir nicht vergessen.

Warum hat das Basler Stimmvolk so deutlich Nein gesagt?



«Die grössere Anti-Kampagne fuhren die Privatspitäler.» Lukas Engelberger in der Stunde der Niederlage. Foto Keystone

Ich sehe mehrere Gründe. Diverse Gruppierungen haben sich gegen die Vorlage gestemmt. Es gab ein Nein aus dem linken Lager, es gab das Nein der Privatspitäler, es gab Vorbehalte im finanziellen Bereich. Und vermutlich haben die gescheiterten Pläne einer Kantonsfusion mit Baselland sowie die Debatten um die Uni Basel eine Rolle gespielt.

Hat der Anti-Baselland-Effekt gewirkt?

Das würde ich nicht so deuten, weil der gemeinsame Versorgungsplan mit zwei Dritteln angenommen worden ist.

Viele Probleme im Gesundheitsbereich der Region Basel bleiben ungelöst. Haben Sie eine Idee, wie Sie das ohne Fusion anpacken wollen?

Der Weg führt zweifellos über beide Kantone, wir müssen weiter gemeinsam planen. Im Übrigen sind die Spitäler aufgerufen, sich selbst

bestmöglich aufzustellen und weiter Kosten zu sparen.

Stehen die Spitäler nun vor einem Scherbenhaufen?

Nein, das würde ich nicht sagen, zumindest nicht das Uni-Spital in Basel, für das ich die Verantwortung mittrage. Es kann nun einfach seine Chance nicht nutzen, was ich bedaure.

Müssen Sie Ihre Kommunikationsstrategie nicht hinterfragen – sind Sie im Vorfeld der Abstimmung von allen Seiten verstanden worden?

Ich bin der Meinung, dass wir gut unterwegs waren. Wir formulierten unsere Ziele früh und klar, immerhin dauerte das Projekt rund vier Jahre. Wir sind eher an der Skepsis aus dem linken Lager gescheitert sowie natürlich am Nein der Privatspitäler. Diese verfolgen wirtschaftliche Interessen, deshalb haben sie sich so stark gegen die Fusion gewehrt. Im Baselland war

nach den weniger guten Nachrichten über das Kantonsspital Liestal eine gewisse Verunsicherung zu spüren, was die Finanzen betrifft.

Die Abstimmung führt den Bürgerlichen und den Mitte-Parteien einmal mehr deutlich vor Augen, wie mächtig die Linken, angeführt von der SP, in dieser Stadt sind. Das muss Sie doch ärgern.

Das linke Nein allein hätte die Spitalfusion sicher nicht verhindert. Die grössere Anti-Kampagne fuhren die Privatspitäler. Die SP hatte es einfacher, sie musste nur Zweifel säen. Das ist ihr geglückt.

War die ganze Thematik Spitalfusion schlicht zu kompliziert für den einfachen Mann von der Strasse – der deshalb im Zweifelsfall ein Nein in die Urne legte?

Nehmen Sie die Steuervorlage 17 – dort war die Komplexität mindestens so hoch wie bei der Spitalfusion, vermutlich sogar noch höher.

Aber die Steuervorlage hatte eine wesentlich andere Vorgeschichte, weil über diese bereits einmal abgestimmt worden war.

Das stimmt, vielleicht hat uns die Vorgeschichte gefehlt. Vielleicht wollten wir aber einfach auch zu viel.

Wie geht es nun politisch weiter?

Darüber sprechen wir um 16 Uhr, wenn die Resultate aus dem Baselland vorliegen.

Knapp drei Stunden später war es so weit. Hotel Victoria am Bahnhof, 6. Stock. Der Name der Örtlichkeit passte so gar nicht zum trüben Sonntag, Victoria bedeutet Sieg, Hotel Schlappe wäre weit treffender gewesen. Engelbergers Amtskollege aus dem Baselland, Thomas Weber, verströmte eine wesentlich bessere Laune, als er seine Sicht der Dinge schilderte. Der SVP-Regierungsrat titulierte den angenommenen Staatsvertrag als «Novum» – das ist dieser kleine Sieg, den Engelberger und Weber der anwesenden Medienschar verkaufen wollten.

Engelberger sprach davon, dass der gemeinsame Weg in Sachen Spitalplanung weitergehen soll – einfach in abgespekter Form. Von einem konkreten «Plan B» wollte er nichts wissen, und eine nächste Volksabstimmung zu einer Spitalfusion dürfte es frühestens in fünf oder zehn Jahren geben. Baselland und Baselland: Sie wollen einfach nicht zusammen.

Dann noch dieses Detail am Rande: Während der Medienkonferenz im Victoria ging wegen einer technischen Störung pausenlos eine Lifttüre auf und zu. «Der bockt auch», sagte Thomas Weber, ehe er lachend noch anhängte: «Die Türe ist zu.» Kann man wohl sagen.

Verkehrte Welt bei der Spitalfusion

Basel/Liestal. Während im Baselland der Fusionsvertrag mit 66,6 Prozent Ja-Stimmen angenommen worden ist, haben ihn die Stimmbürger in Basel-Stadt mit fast 56 Prozent Nein-Stimmenanteil verworfen. Der zweite Staatsvertrag für eine intensivere gemeinsame Gesundheitsplanung fand hingegen in Stadt und Land Zustimmung – mit Ja-Anteilen von 67,3 Prozent (BS) und 77 Prozent (BL). SDA

Das Kantonsspital Baselland hat sich auf das Nein vorbereitet

Im Basler Rathaus zeigen sich die Gewinner selbstbewusst und die Gegner sprechen von einer «verpassten Chance»

Von Joël Hoffmann

Basel. Nachdem SP-Grossrätin und Spitalfusions-Gegnerin Sarah Wyss gestern im Abstimmungsforum im Basler Rathaus der BaZ ihre Einschätzungen zum deutlichen Volksverdikt erörterte und in der Masse der anwesenden Politiker- und Medienleute verschwinden wollte, trat Susanne Leutenegger Oberholzer, die ehemalige Baselländer SP-Nationalrätin, heran, tippte Wyss auf den Arm und sprach: «Das ist ein Pyrrhussieg». Wyss verdrehte die Augen und ging von dannen. Leutenegger zur BaZ: «Mit dem Nein ist kein Problem gelöst», sagt sie und meint: Fallzahlen, Forschung, Personal.

Die Baselländerin tritt auch in der Niederlage energisch und angriffig auf, als wäre sie noch im Abstimmungskampf. Ihr Mitstreiter, alt Regierungspräsident Guy Morin, der sich wortreich in die Debatte geworfen hatte, stützte sich mit düsterer Mine an die Wand, umgeben von enttäuschten Mitstreitern. Kurz zuvor, bevor die Resultate der brieflich eingereichten Stimmen im Vorzimmer des Grossen Rats bekannt gegeben wurden, postierten sich die SPler bereits siegesbewusst ganz vorne, also perfekt für die Pressefotografen und Videokameras. Engelberger stand auf der Seite.

SP mit klaren Forderungen

Was Morin für die Befürworter, ist SP-Grossrat Kaspar Sutter für die Gegner: Unermüdlich stemmte er sich mit markigen Worten gegen das Unispital

Nordwest. «Ich bin nicht überrascht», sagt er selbstbewusst zur BaZ. Die Bevölkerung wolle unter anderem keine AG, was die Regierung hätte wissen müssen. «Die Botschaft der Stimmbürger ist klar: Partnerschaft Ja, aber

auf Augenhöhe», sagt Sutter und fasst damit die Haltung der linken Fusionsgegner zusammen. Die gemeinsame Gesundheitsplanung war unbestritten, doch die ungleichen Beteiligungsverhältnisse zwischen Basel-Stadt und

Baselland an der Spitalgruppe stiessen nicht nur Sutter sauer auf, sondern waren wohl ein Hauptargument, dem viele Basler folgten. Sutter hat klare Vorstellungen, wie es nun weitergehen soll: «Baselland muss jetzt seine Strukturen bereinigen.» Das heisst: dass die Spitäler in Laufen und auf dem Bruderholz schliessen. Es brauche nur noch Liestal und Basel. Er setzt nun voll auf die Gesundheitsplanung. Beide Basel sollen den Markt über die Spitalisten stärker regulieren, also etwa Leistungsaufträge für Spitäler entziehen. Bezüglich dem Fallzahlenproblem sagt Sutter: «Das Unispital muss so oder so Patienten auch ausserhalb der Nordwestschweiz nach Basel locken, weil unser Einzugsgebiet zu klein ist.»

Robert-Jan Bumbacher, Verwaltungsratspräsident des Unispitals Basel, steht die Enttäuschung ins Gesicht geschrieben. Er spricht von einer «verpassten Chance» und sieht die Niederlage, wie andere auch, im Widerstand der SP, der Privatspitäler und in der belasteten Beziehung zwischen beiden Basel. «Unser Konzept, das Unispital zu stärken, hat leider nicht überzeugt», sagt er. Das Unispital stehe jedoch gesund da, und im Kantonsspital Baselland sei der Handlungsdruck nun dringlicher als in Basel.

Wie dringlich, das zeigten die beiden Gesundheitsdirektoren Thomas Weber und Lukas Engelberger ein paar Stunden später im Hotel Victoria auf. Sie gaben einer gemeinsamen Alternativplanung für die beiden Spitäler eine Abfuhr. «Die beiden Eigner-

kantone stellen sich je mit den Spitälern in eigener Verantwortung den Herausforderungen», so das gemeinsame Wording. Konkret wird das Unispital momentan an seiner bisherigen Strategie festhalten. Jedoch werde die kantonale Eigentümerstrategie überprüft. Der Zeithorizont ist unklar. Es scheint, als warte das Unispital ab, was der Konkurrent, das Kantonsspital Baselland, nun tut.

Heisse Debatte im Land

Die Landschaftler haben sich bereits auf ein Nein vorbereitet. Noch im 1. Quartal soll der Landrat die Umwandlung eines 153-Millionen-Franken-Darlehens an das Kantonsspital in Eigenkapital umwandeln. Dieses Geld ist nötig, damit das Kantonsspital Investitionen tätigen kann. Zudem wird der Verwaltungsrat der Baselländer Regierung bis Ende Juni seine Strategie für den Alleingang vorlegen. Diesen Prozess dürften Bumbacher und seine Kollegen des Unispital-Verwaltungsrates aufmerksam verfolgen, schliesslich sind die beiden Häuser seit gestern wieder Konkurrenten. Die bestehenden Kooperationen bei der Chirurgie, Augenmedizin und Orthopädie sind damit also gefährdet.

Das dürfte Raoul Furlano nicht aufheitern. Der LDP-Grossrat spricht von einem «traurigen Resultat», einer «bitteren Niederlage». Die Enttäuschung der Fusions-Befürworter ist gross. Nur dieses Mal ist der Spielverderber nicht wie sonst das Baselland, sondern Basel.



Die Linke freut sich. Tonja Zürcher, Sarah Wyss und Sibel Arslan (v.l.) gestern im Abstimmungsforum im Rathaus. Foto Lucia Hunziker